

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 214 für Anhalt und Thüringen. 1921 Nr. 107



Bezugspreis: für dieses und andere deutsche Blätter monatlich Mk. 2,40, vierteljährlich Mk. 7,20, halbjährlich Mk. 13,20, jährlich Mk. 25,20. Druck der Zeit. bezogen postfrei postal. Verlagsort. Halle a. S.
Morgens-Ausgabe
Sonnabend, 5. März
Anzeigenpreis: Die Sperr. 30 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Die Sperr. 10 mm breit, 10 mm hoch, 100 Zeilen. Eine Berliner Schriftzeile. — Der an a. Druck von Otto Giese, Halle a. S.

Vor der Entscheidung

Enspannung?

(Von unserem Sonderberichterkorrespondenten)
 h. Berlin, 4. März.

Aus London kommen Mitteilungen, die von einer allgemeinen Entspannung der Lage sprechen. In politischen Kreisen herrscht der Eindruck vor, daß es nun nicht mehr zum Ausdruck der Verhandlungen kommen werde. Die deutsche Delegation ist am Donnerstagabend noch zu einer Sitzung zusammengetreten, in der man sich eingehend mit der Rede Lloyd Georges beschäftigt hat. Die Sitzung selbst dauerte die ganze Nacht bis heute früh 7 Uhr. Während der Sitzung hatte Dr. Simons wiederholt telefonische Unterredungen mit dem Reichslandtagsführer Lehndorff in Berlin. Innerhalb der Delegation herrscht vollständige Uebereinstimmung in der Haltung gegenüber den Alliierten und ihren Forderungen. Die nächste Sitzung der Londoner Konferenz, an der die deutschen Delegierten teilnehmen werden, soll nach den bisher vorliegenden Nachrichten, am Montag mit tag stattfinden.

Die Einigung in den gefürchteten Verhandlungen der Alliierten scheint, wie heute vorliegende Berichte erkennen lassen, sowohl auf italienischer wie auf französischer Seite gewisse Schwierigkeiten begegnen zu sein. Besonders wurde dabei dem italienischen Rechnung getragen, daß heute in der Vereinigten Staaten ein neuer Präsident in sein Amt eingeweiht wird, dessen Stellungnahme man noch nicht kennt; es kam sogar die Befürchtung zum Ausdruck, daß er der Forderung der Alliierten nicht durchaus geneigt sein könnte. Auch auf belgischer Seite herrscht man den Standpunkt, daß man die Forderungen von Paris nicht als ein unteilbares Ganze zu betrachten habe; die deutsche Forderung solle daher in ihrer am Montag abzugebenden Antwort die Möglichkeit bieten, nicht nur eine neue Form (I) für die Reparationsfragen, sondern auch für die Frage der Auslieferung der Schuldigen vorzuschlagen. Was die Zwangsnähe betrifft, so vertreten neben den Belgiern hauptsächlich die Italiener die Ansicht, daß deren Durchführung nicht vor dem 1. Mai 1921 möglich sei. In der Mitteilung der Alliierten hat auch der britische Schatzkanzler Lloyd George im Namen Englands, Italiens und Japans erklärt, daß der Artikel 238 des Friedensvertrages seine sofortigen Zwangsmassnahmen gegenüber Deutschland zulasse. Das von Frankreich vorgesehene Vorgehen sieht die vollständige Autonomie der Rheinlande im Auge, da man, dem die übrigen Staaten nicht ohne weiteres zustimmen würden.

Die Meinung auf die Haltung der Italiener auf der Londoner Konferenz schreibt die Morning Post: Da Graf Stora seine Unterwürfigkeit unter den Pariser Bestimmungen gelobt hätte, könnte von einem Zustand der Alliierten ein solches Verhalten abgesehen werden oder von einer Anerkennung des italienischen Standpunktes keine Rede sein. Da jedoch Italien bei allen neuen wirtschaftlichen Erschütterungen Europas ernstlich in Mit-

beteiligung gezogen werden würde, z. B. bei der Versorgung mit Kohle aus dem Ruhr- und Saarland, seien dementsprechende finanzielle Mittel der Alliierten, daß Deutschland die Gelegenheit geboten werden müsse, um sich zum Standpunkt der Alliierten betziehen zu lassen.

Der Wortlaut der Erklärung Dr. Simons'

X London, 4. März.
 In dem amtlichen Communiqué über die Rede Dr. Simons' ist der Wortlaut ungenau wiedergegeben. Die Erklärung des deutschen Außenministers lautet wie folgt: Die deutsche Forderung wird bei Erfüllung des Herrn Ministerpräsidenten von England sowie die Schriftstücke, welche bereits übergeben sind und die man noch zu übergeben verspricht, mit derselben Aufmerksamkeit, die ihrer Bedeutung zukommt, prüfen. Die deutsche Forderung wird ihrerseits am Montag mitgeteilt werden. Ich halte es für notwendig, dies zu erklären, daß der Herr Präsident der Konferenz die Wünsche der deutschen Regierung versteht und daß nicht die Strafmaßnahmen rechtschaffen, die er aus in Aussicht stellt.

In den von der Entente angeordneten Strafmaßnahmen muß der Punkt, der sich auf die Vermittlung der deutschen Forderung bezieht, wie folgt richtiggestellt werden: Die Alliierten werden von ihren Parlamenten die nötigen Vollmachten fordern, um bei der Bevölkerung der alliierten Staaten durchzuführen, daß sie an ihre Regierungen in einem gewissen Maße die deutsche Forderung zu zahlen haben. Diese Forderungen sollen in den alliierten Ländern auf das Konto der Wiederherstellungskommission gebucht werden. Es betrifft die deutsche Forderung, die in sämtlichen alliierten Ländern zum Verkauf gelangen. Die von den deutschen Vollkommen an der Grenze des besetzten Gebietes eingenommenen Goldschulden sollen der Wiederherstellungskommission übergeben werden.

h. Berlin, 4. März.
 Nach den an zutreffender Stelle vorliegenden Berichten ist die Situation in London unübersehbar. Neuer neue deutsche Reparationsvor schläge ist nichts bekannt.

Noch 12 Milliarden bis 1. April

h. Paris, 4. März.
 Nach Mitteilungen der Kommission für die Wiederherstellung muß Deutschland vor dem 1. April 1921 an Waren noch mindestens für den Wert von zwölf Milliarden Goldmark liefern.

Dieser Betrag ist nach deutschen amtlichen Angaben schon bezahlt.

h. London, 4. März.
 Am Unterhaus hat Lord George gestern nachmittags eine Erklärung ab, die eine Zusammenstellung seiner auf der Konferenz gehaltenen Rede darstellt. Claude Motter fragte, ob die widerpenfliche Haltung der deutschen Delegierten nicht zum größten Teil auf die Lachade zurückzuführen sei, daß Asquith erklärt habe, Deutschland könne nicht mehr als 2 Millionen Pfund bezahlen.

Sozialdemokratie und Regierungsbildung

Gegen eine Regierung mit der Sozialdemokratischen Partei in Preußen haben sich die Sozialdemokratischen Vertrauensleute von Breslau einstimmt erklärt. Nachdem sie die Parteiführer ersichtlich erklärt haben, lassen sie einen Beschluß in dem es weiter anderem heißt: Die Vertrauensleute der S. P. Breslau halten den Eintritt der Sozialdemokratie in die preussische Regierung nur für einen Versuch, die Rolle der S. P. in der Regierung zu einer Detonation herabzudrücken. Daher lehnen die Vertrauensleute des Zusammengehens mit der Sozialpartei einstimmig ab. Sie halten es für eine schwere Disziplinlosigkeit, wenn ein einzelner, früher einflussreicher Parteigenosse diese Entscheidung ungeschehen Einflüsse durch Äußerungen in der bürgerlichen Presse fördert. Die Parteifunktionäre haben eine Teilnahme der S. P. an der preussischen Regierung nur dann für möglich, wenn keine realis vor der bisherigen Koalition bestehende Partei hinzugekommen wird. Sie fordern die arbeitende Bevölkerung auf, sich für den Fall eines ungeschehenen Kampfes gegen eine Regierungsbildung der bürgerlichen Parteien bereit zu halten. Dieser Beschluß wird sich im allgemeinen mit der Haltung der Sozialdemokraten in der Frage der Regierungsbildung wieder einigimmen lassen. Wenn aber in dem Beschluß von einem angeblichen „Versuch“ gesprochen wird, hat den Sozialisten auf-

gewungen sei, so mögen sich die Herren gefast sein lassen, daß niemand anders als das von ihnen stets hierdie Volk es war, das sich für das Bürgerturn und gegen die Sozialdemokratie entschieden hat. Die Aufforderung, die Arbeit sollen sich „bereits halten“, bedeutet offenbar eine Drohung mit Gewalt, falls für die Sozialdemokratie nicht der gewünschte Erfolg herauszubringen sollte. Die S. P. D. stellt sich damit den Kommunisten würdig an die Seite. Und das Ganze nennt sich dann Demokratie!

Das „S. Z.“ schreibt: Unter den Parteien wird selbst die Möglichkeit hyn, die Notwendigkeit einer Erweiterung des Kabinetts angesichts der schwierigen Situation beproben. Auch in heute zusammengetretenen interfraktionellen Ausschuss ist diese Frage lebhaft erörtert worden. Die Deutsche Volkspartei vertritt eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Reichsheimwehrern auszubau zu bringen. In diesem scheint man bei den Reichsheimwehrern wenig oder gar keine Stellung bezist zu haben. Es hieß, dann also nur noch das Problem einer Einigung der Reichsheimwehrern auf gegenwärtiger Regierung. Ob aus diesem Sinn etwas wird, ist sich zur Stunde noch nicht sagen. Reichsheimwehrern Beschäfte sind noch nicht gelöst; es ist aber möglich, daß heute oder morgen mehrere Schritte in dieser Richtung gemacht werden.

Kurzschluß im Reichstag

w. Berlin, 4. März.

Präsident Eberth eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm ich Anlaß, Ihnen folgende Mitteilung zu machen. Ich habe in der Angelegenheit die von Angelei alle aufs tiefe bedauert, nämlich in der Frage der Londoner Verhandlungen, mich an die Reichsregierung gewandt mit der Frage, ob sie nicht jetzt in der Lage sei, dem Reichstag Mitteilung über den Stand der Angelegenheiten zu geben. Die Reichsregierung hat diese Frage verneint da die ihr seitens der Londoner Konferenz zugegangenen Informationen noch nicht vollständig seien und der Zeit der Ausführungen des englischen Premierministers noch gewärtigt werde. Ich sage Ihnen, daß ich mich in ständiger, enger Fühlung mit dem Reichsrat halte und nach der im Augenblick eingegangenen Information in kurzer Zeit in der Lage sein werde, Ihnen den amtlichen Bericht sofort in die Reichstags-Sitzung zu bringen. Ich werde mich mit dem englischen Premierminister unterhalten. Zunächst treten wir in die Verhandlung der Tagesordnung ein.

Hr. Abgeordneter (H. S.) zur Geschäftsordnung: Ich bezweifle, dem Herrn Präsidenten widersprechen zu müssen. Nach unserer Auffassung ist es durchaus notwendig, daß der Reichstag sofort in die Verhandlungen über die Londoner Konferenz eintritt. Wir können nicht abwarten, bis einmal der Wortlaut der Londoner Konferenz vorliegt und die Regierung in der Lage gewesen ist, das alles zu prüfen. Die Tatsache, daß dem Reichstag als solchen nichts gegeben können, liegt wiederum auf dieser Frage ausgeprochen, liegen bereits vor.

Hr. Sen. (Komm.) schließt sich dem an.

Der Antrag Eberth wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst keine Angelegenheiten. Auf eine Anfrage italienischer Abgeordneter wegen Benachteiligung der Stadt Gelle und der italienischen Städte durch Verlegung des Schmelzwerks von Berlin nach München über die Reichsregierung wird folgende Mitteilung erfolgt: Es ist nicht die Absicht, den Schmelzwerksbetrieb über die eingangsfrüheren. Es solle bezüglich der Verlegung über die Reichsregierung etwas entschieden werden.

Es folgt die Beratung des Reichsrevisionsberichts. Hr. Schiffer (Dem.) beantragt Absetzung der Tagesordnung, da augenblicklich nicht die Zeit zu umfangreichen Debatten sei.

Hr. Bogner (H. S.) scheidet in dem Antrag das Verbot, noch einen bis eine Eingekerkerten vorzuführen, die in Haft sind, werden. Seine Antrag wurde abgelehnt. Die Möglichkeit, die letzten Vorparlamentarische im Reichsrevisionsbericht in Nürnberg zur Sprache zu bringen. In Stuttgart ist heute der Generalkonferenz ausgeschrieben, weil das Reichstagskapital den Wänden der Arbeiter nicht einbringen habe. Regierung und Reichstag halten die Pflicht, hier einzugreifen.

Hr. Müller-Franken (S.) betont, daß in Stuttgart die Einkünfte der Verhandlungen schon morgen wieder beginnen. Am bringen sie das, was für das Reich auf dem Spiel steht, ungleich wichtiger als die Reichsrevisions in Hamburg, Nürnberg oder Stuttgart. Er schließt sich dem Antrag Schiffer an, schon damit die Funktionen Zeit zu ihrer Stellungnahme gewinnen.

Hr. Sen. (Komm.) widerspricht. Wenn die Londoner Verhandlungen für den Abg. Müller-Franken so wichtig sind, hätte er ja vor 10 Minuten Gegenstand gehabt, dieser Ansicht gerecht zu werden, als er meinen Antrag ablehnte.

Hr. Bogner (H. S.) betont, die Verlegenheit vor 1914 bis 1918 müsse endlich aufhören. Wichtigkeit ist es daher, daß nicht in den Hauptorten, sondern in aller Öffentlichkeit verhandelt werde.

Nachdem Hr. Müller-Franken (S.) nochmals seinen Standpunkt betonen beharrt Hr. Bogner (H. S.) auf seinem Standpunkt, während er gleichzeitig erklärt, daß eine Verhandlung von Arbeitern der Reichsrevisions Ausschuss der heutigen Verhandlungen beinahe und die Verlegung dieses Bunkers erwarte. (Großer Lärm.)

Der Antrag Schiffer wird jedoch angenommen, gegen die Stimmen der unabhängigen Rinder.

Präsident Eberth teilt nunmehr den Wortlaut der eingehenden Sätze der Erklärung des englischen Premierministers mit und schlägt unter anderem den Inhalt des Paragrafen mit der Bemerkung, es werde wohl niemand im Hause sein, der glaube, daß die Reichsregierung mit dem beschriebenen Antragsgegenstand einverstanden sei.

Hr. Abg. Cossmann (H. S.) hat Wort zur Geschäftsordnung verlangt, erhebt sich für den Protest. Präsident Eberth erklärt, ihm das Wort zur Geschäftsordnung nicht geben zu können, da das nur bei Gegenständen gegeben könne, die auf der Tagesordnung stehen. Als Antwort ein gewaltiger Sturm mit anschließender Beratung der Tagesordnung bis 1/2 Uhr. Präsidenten den Unabhängigen und der Reichsrevisions Ausschuss der heutigen Verhandlungen, die auch nach der Pause andauern. Beginn der Pause gegen 3 Uhr.

Hr. Abg. 1/2 Uhr ist die Sitzung noch nicht wieder aufgenommen. Hr. Eberth wird in der Pause noch von ihm, dem Reichsrevisions Ausschuss und die Reichsrevisions Ausschuss durch den Reichsrevisions Ausschuss, den Reichsrevisions Ausschuss, daß die Reichsrevisions Ausschuss einig sind, daß die Reichsrevisions Ausschuss einer noch zu bestimmenden Stunde keine weitere Sitzung abhalten wird.

Vertical text on the left margin, likely from an adjacent page or a separate column.



